

Motion 282

Planungsbericht für eine nachhaltige urbane Politik

Gianluca Pardini namens der SP-Fraktion vom 2. August 2023

Bei vielen wichtigen Projekten im Bereich Mobilitäts-, Finanz-, Kultur- oder Sozialpolitik kam es in den letzten Jahren immer wieder dazu, dass die Stadt Luzern als Hauptort, regionales Zentrum und grösster Wirtschaftsmotor der Region mit kantonalen Hürden konfrontiert war. In vielerlei Hinsicht wurde die Stadt Luzern daran gehindert, mit konkreten Projekten städtische Zielvorgaben umzusetzen, welche eine weit-sichtige urbane Stadtentwicklung in all ihren Facetten erfordern würde. Hier einige Beispiele:

- **Mobilitätspolitik:** Der Kanton Luzern versenkte wichtige Verkehrsprojekte mit den neuen Busperrons am Bahnhofplatz, der Y-Lösung am Pilatusplatz oder Projekte für andere nachhaltige Mobilitätskonzepte auf Kantonsstrassen. Beim Projekt Spange Nord musste die Stadt Luzern sich während mehreren Jahren gegen das kantonale Vorhaben wehren. Oder im Nachgang der VBL-Affäre versuchte der Kanton Luzern, die Stadt aus dem Verbundrat des VVL gar auszuschliessen.
- **Finanzpolitik:** Die Stadt Luzern musste gegen den Steuerfussabtausch der Aufgaben- und Finanzreform 2018 gar eine Beschwerde vor dem Bundesgericht führen. Ungeachtet dessen, dass die AFR18 die Stadt Luzern und die Steuerzahler*innen als ressourcenstärkste Gemeinde unverhältnismässig stark belastet. Bei der «Teilrevision 2025» des Steuergesetzes des Kantons Luzern sind schwere Auswirkungen auf den städtischen Haushalt zu erwarten.
- **Sozial- und Asylpolitik:** Mitten in der Ukraine Krise änderte die Kantonsregierung plötzlich die Asylverordnung und senkte die Ersatzabgaben für Gemeinden, welche zu wenig Flüchtlinge aufnehmen. Damit entgingen der Stadt Luzern nach kantonalen Vorgaben mehrere hunderttausend ihr zustehende Franken, obwohl sie ihr Soll für die Aufnahme von flüchtenden Menschen um über 1000 Plätze übererfüllt hatte.
- **Kulturpolitik:** In den letzten Jahren wurden die Kulturlasten mit dem neuen Finanzierungsschlüssel des Zweckverbands Grosse Kulturbetriebe zulasten der Stadt Luzern erhöht. Wie es mit der Entwicklung städtischer Kulturlasten auch im Zusammenhang mit der regionalen Strukturförderung weitergeht, ist zurzeit unklar.
- **Gemeinsame Projekte lassen sich offensichtlich nur schwer realisieren:** Kurz vor einem weiteren Meilenstein bei der Entwicklung des neuen Sicherheitszentrums auf dem «ewl Areal» verkündete die Kantonsregierung kurzerhand einen neuen Plan in Rothenburg – die Stadt Luzern musste nach neuen Lösungen suchen, ohne für die Planungskosten entschädigt zu werden.

Aufgrund all dieser oben genannten Beispiele zweifeln die Motionär*innen an der langfristigen Handlungsfähigkeit städtischer Politik, da davon auszugehen ist, dass der Kanton Luzern auch in weiteren Fällen städtische Vorhaben mit Entscheidungen verunmöglicht, ohne dass die Bewohner*innen der Stadt

Luzern dies überhaupt wahrnehmen. Der Stadtrat wird darum aufgefordert, in einem Planungsbericht aufzuzeigen, wie die Zielvorgaben und Projekte der Stadt Luzern (auf Grundlage der Gemeindestrategie und des Legislaturprogramms) zusammen mit den urbanen Gemeinden, Gemeindeverbänden und mit dem Kanton Luzern erreicht werden sollen. Auch sollen Herausforderungen aufgezeigt werden, bei denen städtische Vorhaben durch kantonale Entscheidungen verzögert, übersteuert oder verhindert werden. Der Bericht soll dabei die Sichtweise und weitere Beispiele aller Direktionen in konstruktiver Art und Weise darlegen, aber auch Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern konkret benennen sowie mögliche Handlungsmöglichkeiten und Bedingungen zur Zielerreichung aufzeigen.